Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 100 Sonnabend, den 25. August 1928 41. Jahrgang

Die Interparlamentarische Union im Reichstage.

Professor Walter Schücking, Vorsitzender.

Die erste Vollsitzung der in Berlin versammelten Interparlamentarischen Konferenz begann Donnerstag im Reichstagssaal. Als Vertreter der Reichsregierung waren mit dem Reichskanzler Müller die Reichsminister Dr. Stresemann, von Guérard, Koch-Weser und Dietrich erschienen. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden, des Barons Adelswärd, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende Braber-Tschechoslowakei die Konferenz. Er teilte mit, daß der Rat der Union vorschlage, den Präsidenten der deutschen Gruppe, den Abgeordneten Schücking, zum Vorsitzenden des Kongresses zu wählen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag mit lebhaftem Beifall zu.

Der Abgeordnete Schücking nahm die Wahl an und hielt eine kurze Begrüßungsansprache, in der er betonte, die Interparlamentarische Union sei heute in aller Welt die vornehmste Repräsentantin einer neuen politischen Ideenwelt. Groß seien die Leistungen, die sie zu ihrer Verwirklichung in der Vergangenheit gemacht habe, größer noch sind ihre Aufgaben für die Zukunft. Der Kellogg-Pakt, der in diesen Tagen in Paris unterzeichnet werden soll, spiegele nur eine Resolution wider, die man schon auf der Plenarkonferenz des Jahres 1925 in Bern gefaßt habe. Aber Größeres und Schwierigeres sei noch zu tun. Die soziologischen Ursachen der Kriege seien zu bekämpfen, indem man dem natürlichen Recht aller Völker in allen Beziehungen auf der ganzen Linie in einem rechtlich geordneten Verfahren zum friedlichen Durchbruch verhelfe und Mittel und Wege finde, das Ideal der Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Reichskanzler Hermann Müller

überbrachte den Willkommensgruß des Oberhauptes des Deutschen Reiches, des Reichspräsidenten von Hindenburg, der lebhaft bedauere, nicht in Berlin zu sein, um selbst Worte der Begrüßung in diesem Saale sprechen zu können. Dem Gruß des deutschen Reichspräsidenten reiht sich an der Ausdruck der Freude der deutschen Reichsregierung, die die Konferenz in der Reichshauptstadt und an der Stätte des deutschen Parlamentes ebenfalls herzlich willkommen heißt. Der Kanzler wirft einen Rückblick auf die Entwicklung der Union und sagt dann:

„Aus einer Organisation, die in erster Linie für den Schiedsgerichtsgedanken und damit für die Beseitigung bewaffneter Konflikte eintrat, hat diese Organisation sich zu einem Weltparlament entwickelt, das in voller Freiheit und in geistiger Unabhängigkeit im Sinne der allen Völkern gemeinsamen Interessen an die Lösung der großen Probleme herangeht, welche unsere Zeit bewegen. Die Stimmen aller Nationen, die in diesem großen Parlament vertreten sind, klingen aus in dem einen Wunsch, das Reich des Friedens auf Erden zu sichern. Die deutsche Reichsregierung wünscht von Herzen, daß Ihre Arbeit dazu beitragen möge, die Menschheit unserem gemeinsamen großen Ziele näherzubringen, und daß die diesjährigen Tagung in Berlin eine Quelle des Segens für die Menschheit sein möge!"

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen widmete der Vorsitzende, Dr. Schücking, während sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben, den verstorbenen Mitgliedern der Union einen Nachruf. Präsident Dr. Schücking eröffnete dann die

allgemeine politische Aussprache.

Der erste Redner ist der Vorsitzende der Kommission für Wirtschafts- und Finanzfragen, Dr. Treub-Holland.

Er erklärte, bei einer Prüfung der Verhältnisse in den einzelnen Ländern müsse der außerordentlich traurige Zustand festgestellt werden, daß trotz aller Anstrengungen, trotz aller Beschlüsse und der vielen Konferenzen die Zollsätze in die Höhe gegangen seien, statt herunterzugehen. Einige Lichtblicke seien freilich vorhanden. So sei vor allem der deutsch-französische Handelsvertrag zu nennen. Es ist für unsere Bestrebungen in der Interparlamentarischen Union ein hoffnungsvolles Zeichen, wenn die Völker, die sich vorher so schroff bekämpften, in so verständnisvoller Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiete sich einigen konnten.

Die langsame Arbeit in Genf.

Dr. Munch, der ehemalige dänische Wehrminister, Vorsitzender der Interparlamentarischen Abrüstungskommission, bedauerte, daß die letzte Abrüstungskonferenz in Genf erhebliche Fortschritte nicht gebracht habe. Bei allen Völkern sei eine starke Ungeduld über die langsame Arbeit in Genf zu bemerken. Dies müsse abgestellt werden, sonst bestehe die große Gefahr, daß die Autorität der Genfer Abrüstungskommission gemindert werde. Entscheidend sei vor allem die moralische Abrüstung der Völker, die endlich lebendige Wirklichkeit werden müsse. Es müßten in steigendem Maße Schiedsgerichts- und Nichtangriffspakte abgeschlossen werden.

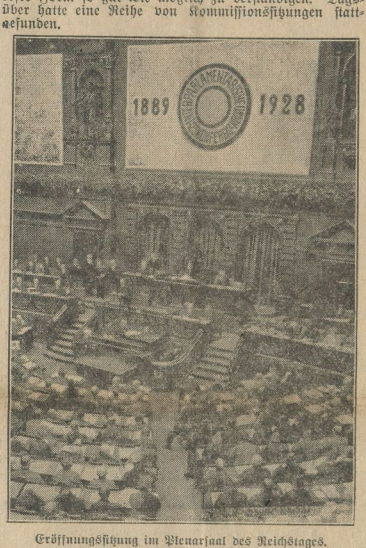
Deutschlands Abrüstung.

Der deutsche Reichsminister a. D. David führte u. a. aus: Deutschland hat abgerüstet, ihm war die Abrüstung aber auferlegt zu dem Zwecke einer nachfolgenden allgemeinen Abrüstung auch der Siegerstaaten. Darauf kann man gar nicht oft genug hinweisen. Die Rüstung der ehemaligen Gegner bedeutet neben der Rheinlandbesetzung das schwerste Hindernis für die deutsch-französische Verständigung. Eine dauernde Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland ist der Schlüssel zur Befriedung Europas überhaupt. Das deutsche Volk will in seiner großen Mehrheit diese Verständigung.

*

Empfang im Reichstag.

Vor Beginn der eigentlichen Tagung fand Mittwoch abend ein Empfang im Reichstag statt, zu dem die deutsche Gruppe die ausländischen Teilnehmer eingeladen hatte. Die inneren Räumlichkeiten des Reichstages waren festlich geschmückt. Zahlreiche Gruppen bildeten sich und man hörte Sprachen aller Länder erklingen. Die Teilnehmer der internationalen Vereinigung suchten sich dabei in loser Form so gut wie möglich zu verständigen. Tagsüber hatte eine Reihe von Kommissionssitzungen stattgefunden.



Eröffnungssitzung im Plenarsaal des Reichstages.

Reichstagspräsident Löbe hielt eine kurze Begrüßungsansprache, die ein Dolmetscher ins Französische übertrug. Die Reichsregierung war durch den Reichskanzler Müller, den Reichsernährungsminister Dietrich und den Reichsverkehrsminister v. Guérard vertreten, außerdem sah man viele Angehörige der deutschen öffentlichen und diplomatischen Welt und charakteristische Köpfe aus allen Gegenden Europas. Der Abend, der wenige direkt politische Auseinandersetzungen brachte, verlief in bester Weise. Konzertdarbietungen bildeten den musikalischen Rahmen der Festlichkeit.

Proteste aus Italien, Serbien und Ägypten.

Neben dem kroatischen Einspruch aus Serbien, welcher die Vertreter Jugoslawiens als einseitige Abgesandte eines Rumpfparlaments ohne Auftrag der einen Teil des Landes bildenden und bekanntlich aus dem Abgeordnetenhaus ausgezogenen Kroaten bezeichnet, stehen Proteste aus Ägypten und Italien.

Die ägyptischen bisherigen Abgeordneten beanspruchen das Recht, als Angehörige des ägyptischen Parlaments, das König Fuad auf drei Jahre mit unrechtmäßigem Gewaltstreich geschlossen habe, der Tagung beiwohnen zu dürfen.

Eine Reihe in Paris lebender ehemaliger italienischer Abgeordneter hat an den Vorsitzenden und die Mitglieder der Konferenz der Interparlamentarischen Union ein Schreiben gerichtet, in dem sie sagen, daß die sogenannten italienischen Abgeordneten, die der Konferenz beiwohnen, nicht nur durch die Tatsache, daß sie aus der Wahltragikomödie von 1924 hervorgegangen sind, in keiner Weise als die Vertreter der italienischen Nation angesehen werden könnten, sondern, daß sie außerdem noch die augenscheinlichste und überdies auch voll eingestandene Verneinung irgendwelchen parlamentarischen Systems seien. Der in Italien herrschende und allein gebietende Faschismus sei ein Hohn auf parlamentarische Einrichtungen und eine Gefahr für jede Friedensarbeit.

Die kroatische Beschwerde abgelehnt.

Zu der Beschwerde der kroatischen Abgeordneten der Interparlamentarischen Union wird mitgeteilt, daß das Exekutivkomitee in dem Begehren der kroatischen Abgeordneten keinen Anlaß gesehen hat, gegen die anwesende serbisch-kroatisch-slowenische Abordnung irgendeinen Beschluß zu fassen.

Keine neuen Zugeständnisse.

Die feierlichen Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris sind beendet. Wenngleich Herr Kellogg selbst sich zurzeit noch auf dem Meere befindet, so war es doch möglich, dank der funkentelegraphischen Erfindung, mit ihm ständig in Verbindung zu bleiben und die Einzelheiten des zeremoniellen Aktes zu besprechen. Wie es heißt, hat er sich mit allen von französischer Seite ausgehenden Vorschlägen über die einzelnen Phasen der Unterzeichnung einverstanden erklärt. Das Tüpfelchen auf das I dürfte der französische Ministerrat setzen, der von Poincaré nach der Rückkehr von seinem Landgut einberufen worden ist. Dieser Ministerrat soll auch schwerwiegende Entscheidungen über deutsch-französische Fragen treffen.

Kellogg hatte es seinerzeit abgelehnt, während seines Pariser Aufenthaltes über andere Fragen, die nicht direkt mit seinem Pakte in Verbindung stehen, zu verhandeln. Er wollte damit vermeiden, die Frage der deutschen Reparationen anzuschneiden, was natürlich von französischer Seite sofort das Aufwerfen des interalliierten Schuldenproblems zur Folge gehabt hätte. Die amerikanische Öffentlichkeit ist zurzeit nicht darauf eingestellt, hier von dem bisherigen amerikanischen Standpunkt abzuweichen, der jede Reduzierung der an Amerika zurückzuzahlenden geborgten Gelder strikt ablehnt. Dazu kommt noch die Verschnupftheit Amerikas über den englisch-französischen Flottenpakt, die so weit geht, daß Kellogg offiziell der englischen Regierung mitteilte, daß er auf der Rückreise nach Amerika zwar Irland, aber nicht England besuchen würde. Die Verstimmung Amerikas muß also einen ziemlich hohen Grad erreicht haben.

Wenn sich der französische Ministerrat wirklich mit deutsch-französischen Fragen beschäftigen und wichtige Entscheidungen treffen sollte, dann kann es sich nur um die Rheinlandbesetzung handeln. Wenn es auch zu offiziellen Besprechungen darüber in Paris nicht kommen dürfte, so hindert das natürlich nicht, daß Briand und Dr. Stresemann ihre privaten Meinungen über diese Frage austauschen. Sie haben dies ja schon oft getan und besonders Neues dürfte auch diesmal kaum zutage treten, zumal ja der französische und der deutsche Standpunkt in der ganzen Angelegenheit genügend bekannt sind. Deutscherseits wurde erst kürzlich wieder mit aller Bestimmtheit betont, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, nach Abschluß des Dawes-Abkommens, nach den Locarnoverträgen und nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes Deutschland für die Räumung der Rheinlande keine neuen Zugeständnisse machen könne.

Die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt sich angesichts der Pariser und Genfer Ereignisse mit der Frage der deutsch-französischen Verständigung. Von allen Seiten wird diese als eine absolute Notwendigkeit hingestellt. Gleichzeitig wird aber nach wie vor erklärt, daß man nach dem Verhalten Frankreichs Deutschland gegenüber von einer wirklichen Verständigung mehr als ja zuvor entfernt ist. Besonders auffallend ist es, wenn selbst das Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Vorwärts, bei Betrachtungen über die deutsche Teilnahme an der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes besonders energische Töne gegen die bisherige französische Außenpolitik anschlägt. Diese richten sich weniger gegen Briand, der schon immer für eine restlose Verständigung eingetreten sei, als gegen Poincaré, der von seiner Lieblingsidee nicht lassen wolle, daß Deutschland nach wie vor der Hauptschuldige an dem jetzigen Unheil in der Welt sei und deshalb zufrieden sein muß, wenn es bei jedem Entgegenkommen von der anderen Seite, auch wenn es darauf moralischen Anspruch haben sollte, noch etwas draufzahlen darf.

Der französische Ministerrat wird sich hoffentlich alle deutschen Beschwerden und Bedenken durch den Kopf gehen lassen. Die nächsten Tage werden es zeigen, ob eine deutsch-französische Annäherung wirklich möglich ist oder noch auf lange Zeit hinaus eine Utopie bleiben muß.

Stresemann geht nach Paris.

Aber keine Teilnahme an der Völkerbundtagung.

Reichsminister Dr. Stresemann ist am Donnerstag von seinen Ärzten Prof. Hermann Zondek, Sanitätsrat Gisevius und Dr. Schulmann unter Hinzuziehung von Professor v. Krehl, Heidelberg, vor Wiederaufnahme seiner beruflichen Tätigkeit untersucht worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Gesundheitszustand des Ministers noch nicht derartig ist, daß Rückfälle ausgeschlossen wären. Die Ärzte haben daher dem Minister die geplante Teilnahme an den Verhandlungen in Genf widerraten. Mit der Reise nach Paris konnten sich die Ärzte nur unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß sich der Minister daselbst größtmögliche Schonung auferlegt.

Dr. Stresemann, der am Donnerstag den rechten Arm in der Binde tragen mußte, da ihm hieraus Blut zur Untersuchung abgezapft worden war, hatte die feste Absicht, auch nach Genf zu reisen. Dieser Plan muß vom Reichsaußenminister nach dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchung endgültig aufgegeben werden. In politischen Kreisen wird behauptet, daß Reichskanzler Müller-Franken die Führung der deutschen Delegation in Genf übernehmen würde.

*

Kellogg-Pakt und Kirche.

Der Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dr. Dibelius, hat die Geistlichen seines Sprengels ersucht, anläßlich der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im Gottesdienst der Sache des Friedens zu gedenken und zu bekunden, daß die evangelische Kirche willens ist, im Sinn und Geist des Evangeliums für den Frieden zu wirken.

Gegen erweiterte Krisenfürsorge.

Bedenken der Industrie-Arbeitgeber.

Kurz vor dem Beschluß des Reichskabinetts, die Krisenfürsorge vom 17. September d. J. ab auf 39 Wochen zu verlängern, haben die führenden Spitzenorganisationen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280825-12/fragment/page=0001

der Industrie an den Reichskanzler und sämtliche Reichsminister ein Schreiben gerichtet, in dem starke Bedenken gegen die erweiterte Krisenfürsorge erhoben werden. Das Schreiben deutet hin auf den Umstand, daß im Reichskabinett die Zustimmung zum Panzerkreuzerbau offenbar erleichtert worden sei durch die Genehmigung der erweiterten Krisenfürsorge.

Die unterzeichneten Spitzenverbände, so heißt es, müßten zum Ausdruck bringen, daß sie eine derartige Verquickung rein politischer Fragen mit Fragen des weiteren Ausbaues unserer sozialpolitischen Gesetzgebung für unvereinbar mit dem Grundsatz sachlicher sozialpolitischer Arbeit betrachten

Nicht nur von den Unternehmern, sondern auch von den Behörden und vom Reichsarbeitsministerium selbst sei aus den Erfahrungen der letzten Jahre heraus auf die ernsten wirtschaftlichen, finanziellen und nicht zuletzt auch arbeitsmoralischen Bedenken hingewiesen worden, die gegen eine fortgesetzte Ausdehnung der Krisenfürsorge sprächen.

Rheinlandaussprache in Paris.

Verlängerung der Krisenfürsorge.

Die mit Spannung erwartete Sitzung des Reichskabinetts, in der die letzten Beschlüsse zur Reise Dr. Stresemanns nach Paris und zu der damit in engstem Zusammenhang stehenden außenpolitischen Lage sowie über die Haltung der deutschen Vertreter bei der Völkerbundtagung in Genf gefaßt werden sollten, hat Mittwoch stattgefunden. Die über die Beratung verbreitete amtliche Mitteilung besagt:

In der unter Vorsitz des Reichskanzlers abgehaltenen Kabinettssitzung gaben Reichsaußenminister Dr. Stresemann und Staatssekretär v. Schubert einen Überblick über die außenpolitische Lage und über die Probleme, die in der bevorstehenden Völkerbundtagung zur Erörterung stehen. An die erwähnten Darlegungen schloß sich eine eingehende Aussprache, welche die völlige Einmütigkeit des Kabinetts über die Behandlung der aktuellen außenpolitischen Fragen ergab.

Die weiteren Verhandlungen des Kabinetts galten der Krisenfürsorge. Das Kabinett beschloß, von einer Zwischenlösung abzusehen und die Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 39 Wochen, die der Reichstag vor seinem Auseinandergehen gewünscht hatte, mit Wirkung vom 17. September d. J. in Kraft zu setzen.

Obwohl bisher mit der Frage: „Wird die Räumung des Rheinlandes in Paris zur Sprache kommen?“ andauernd ein Versteckspiel getrieben worden ist in der Weise, daß einem „Ja“ von heute morgen zwei „Nein“ folgten, so herrscht doch in diplomatischen Kreisen die Meinung vor, in Paris könne die Angelegenheit kaum umgangen werden.

Der französische Ministerpräsident Poincaré soll gesonnen sein, bei dem Zusammentreffen mit Dr. Stresemann diesen um genaue Angabe der deutschen Wünsche bezüglich der Rheinlandräumung und der noch zu leistenden Restreparationen zu ersuchen.

Daß er dann auch die so vielfältig angedeuteten neuen Forderungen seiner Regierung zur Sprache bringen wird, unterliegt wohl keinem Zweifel. Eine endgültige Aussprache ist dabei wohl kaum vorauszusetzen, wahrscheinlicher erscheint die oft erwähnte Möglichkeit, nach der Pariser Fühlungnahme die Entscheidung nach Genf in die Völkerbundberatungen zu verschieben.

Rücktritt des thüringischen Kabinetts.

Neubildung am 11. September?

Die thüringische Regierung, die nach dem Ausscheiden des demokratischen Staatsrates Klöcher auf Grund des Beschlusses des demokratischen Parteitages noch aus drei Ministern und vier Staatsräten besteht, hat ihren Rücktritt erklärt. Auch die demokratische Abg. Fräulein Dr. Schulz hatte bereits ihr Mandat niedergelegt. In der Landtagssitzung am Donnerstag erklärte der sozialdemokratische Präsident Leber, es werde notwendig sein, den Landtag in der nächsten Zeit zusammentreten zu lassen, um zur Neubildung der Regierung Stellung zu nehmen. Die zurückgetretene Regierung führt verfassungsgemäß die Geschäfte weiter, unabhängig davon, ob es zur Auflösung des Landtages und damit zu Neuwahlen kommen sollte.

In der Landtagssitzung wurden die Anträge auf Auflösung mit 27 gegen 26 Stimmen abgelehnt. Die gesetzlich erforderliche Mehrheit war nicht erreicht worden. Der Ältestenrat setzte die nächste Sitzung, auf deren Tagesordnung Regierungsneubildung steht, auf den 11. September fest.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Demokratische Minister und Panzerkreuzer.

Über die Gründe, welche die im Reichskabinett befindlichen zwei demokratischen Minister Koch und Dietrich bestimmt haben, ihre Zustimmung zum Bau des Panzerkreuzers zu geben, wird in einer parteioffiziösen Auslassung gesagt: „Die demokratischen Minister haben ihre Meinung, daß der Bau des Panzerkreuzers politisch unerwünscht und militärisch unzweckmäßig ist, nicht geändert. Die politische Lage machte aber den Versuch, den vom Reichstag beschlossenen Bau des Panzerkreuzers zu Fall zu bringen, aussichtslos. Die demokratischen Minister hatten nur die Möglichkeit, zum Zeichen des Protestes gegen den Bau von ihrem Amte zurückzutreten und die Koalition zu sprengen. Sie haben sich dazu nicht entschlossen. Maßgebend für ihre Haltung war die Aufrechterhaltung der Koalition. Keine Koalition im Reiche wird bestehen, wenn jede Partei in allen Fällen auf ihren Grundsätzen beharrt. In dieser Überzeugung glauben die Minister die Mehrheit der Partei hinter sich zu haben. Sie sind jederzeit bereit, diesen Standpunkt vor den Parteiinstanzen zu vertreten.“

Erweiterte englische Besetzungszone am Rhein.

Der Umfang des britischen Besetzungsgebiets im Westen soll um fünf Kilometer erweitert werden. Bisher standen auf dem Gebiet französische Truppen. Es handelt sich um die Gegend um Erbenheim, wo gegenwärtig ein Flugplatz im Bau ist. Die Ursache der Verschiebung ist eine Folge der Eingemeindungen nach Wiesbaden. Die französische Besatzungszone umfaßte bisher auch das eingemeindete Erbenheim. Infolgedessen hat die Stadtverwaltung von Wiesbaden beantragt, daß das nunmehr zu Wiesbaden gehörende Gebiet, ebenso wie Wiesbaden, der englischen Zone zugeteilt werden soll. Diesem Wunsche wird entsprochen werden.

Gegen die Hetzfilme.

Während der Arbeitssitzung des Reichsverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer in Berlin, an der Delegierte aus 17 europäischen Staaten teilnahmen, wurde auf Antrag des Reichsverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Aufführung von Hetzfilmen richtet. Es wurde der Entschluß gefaßt, keinerlei Filme mehr vorzuführen, in denen irgendeine Nation verunglimpft oder in ihrem nationalen Empfinden verletzt wird. Durch Nichtabschluß derartiger Filme sollen die Filmfabrikanten der einzelnen Nationen gezwungen werden, der völkerverbindenden, völkerversöhnenden und kulturfördernden Mission des Films zu entsprechen.

30 Jahre Bayerisch-Christlicher Bauernverein.

Am 4. Oktober kann der Bayerisch-Christliche Bauernverein auf ein 30jähriges Bestehen zurückblicken. Aus diesem Anlaß hat der Bauernverein für Donnerstag, den 4. Oktober, nach München eine große Bauernversammlung einberufen. Auf der Versammlung soll zu den wichtigsten agrarpolitischen Fragen, insbesondere auch zu dem Problem der Preisbildung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse, zur Zollgestaltung und zu dem im Reichstag eingelaufenen Antrag auf Schaffung einer Einheitssteuer Stellung genommen werden.

Die französischen Manöver bei Zabern.

Vom 2. bis 9. September finden in den Vogesen in der Gegend von Zabern französische Manöver unter dem Oberkommando des Generals Penet statt, bei denen auf jeder Seite zwei Divisionen eingesetzt werden. Das Manövergebiet ist durch die Ortschaften Burweiler, Hochfelden und Saarburg begrenzt. Vor allem soll bei den Übungen, bei denen Infanterie, Kavallerie, Artillerie, Flieger und Automobilformationen beteiligt sein werden, die praktische Anwendung der modernen Felddienstvorschriften erprobt werden. Die auf dem Marsch befindlichen Besatzungstruppen in der Pfalz verlangten von den einzelnen Einwohnern, bei denen sie einquartiert waren, Wohlverhaltenszeugnisse, nachdem die Bürgermeister das zuerst an sie gestellte Ansinnen, die Wohlverhaltenszeugnisse für die ganze Gemeinde auszustellen, abgelehnt haben. Die Ausstellung von Wohlverhaltenszeugnissen bedeutet den Verzicht auf Vergütung etwaiger durch die Einquartierung angerichteter Schäden.

Nordamerika.

Programm des Präsidentschaftskandidaten Smith.

Der demokratische Kandidat für die Präsidentschaftswahlen, Smith, hielt eine Rede, in der er nach Annahme der Kandidatur heftige Kritik an der amerikanischen Politik in Nikaragua übte. Die Einmischung in rein innere Angelegenheiten der lateinamerikanischen Staaten, die, wenn sie auch klein seien, doch ein Recht auf staatliche Souveränität hätten, müßte aufhören. Die amerikanische Politik gestatte es anderen Ländern, hieraus eine Rechtfertigung für ihre eigenen imperialistischen Ziele abzuleiten. Dadurch würde aber der Wert der Schieds- und der Verträge zur Beseitigung des Krieges herabgemindert. Die jetzigen Bestimmungen über das Alkoholverbot hätt Smith für oberflächlich und unwirtschaftlich. Er sei dafür, daß jeder Einzelstaat bei einer Volksabstimmung das Recht erhalten solle, innerhalb seiner Grenzen alkoholische Getränke herzustellen oder zu verkaufen. Der Verkauf solle aber Staatsmonopol sein. Er sprach sich weiter für die Aufrechterhaltung hoher Löhne und die Reorganisation der Industriezölle aus. Der Regierung müsse das Recht zugestanden werden, sich auch um die Lage der Landwirtschaft kümmern zu können, insoweit, als die Wohlfahrt der Landwirtschaft Rückwirkungen auf die Industrie auslöse.

Aus In- und Ausland

Dietramszell. Reichspräsident v. Hindenburg nahm Mittwoch an einer Hochzeit in Bayrischzell teil. Am Donnerstag begab sich der Reichspräsident auf die Jagd nach Fall.

London. Das neue griechische Parlament wird am 17. September zusammentreten und als erste Handlung die Gesetzesvorlage für die Durchführung der Senatswahlen verabschieden.

Moskau. Das Präsidium des Zentralvollzugsausschusses der Sowjetunion hat die in Paris am 26. Juni unterzeichnete internationale Sanitätskonvention ratifiziert und die von der russischen Abordnung bei der Unterzeichnung eingefügte Klausel gutgeheißen.

Tokio. Nach einer Meldung aus Charbin ist dort ein russischer Agitator verhaftet worden, der sich Levin nennt, bei dem es sich aber vermutlich um den bekannten vormaligen Ratgeber der nationalen Regierung in China, Borodin, handelt.

Aus der Umgegend

Nebra, 25. August.

— **Unser Kriegerverein** ladet Mitglieder und Freunde zu einem Tänzchen am Sonntagabend im „Preußischen Hof“ ein. Eintrittsgeld wird nicht erhoben, ein Geschäft will der Verein mithin nicht machen, er hofft aber den Abend zu einem recht harmonischen Familienabend auszugestalten. Wenn es nun ganz gemütlich werden soll, gehören erfahrungsgemäß frohe Gäste dazu, an die eine Einladung im Anzeigenteil gerichtet ist.

— **Turnverein.** Zur Einweihung der Jugendherberge in Roßleben am morgigen Sonntag ist es erwünscht, daß sich recht viel Mitglieder unseres Vereins an den Feierlichkeiten beteiligen. Außer Ansprachen, Gesang, Volkstänzen usw. wird ein Festspiel vom Müchelner Turnverein: „Der Ritter von Rabiswalb“ nach einer Sage aus dem Unstruttal aufgeführt, indem u. a. auch ein Ritter aus Nebra eine Rolle spielt. Aber nicht nur Turnvereinler, sondern alle, die an der neuzeitlichen Jugendbewegung ein Interesse haben und führend mitwirken wollen, sollten sich für diesen wichtigen Akt interessieren. Wer sich für das neue Deutschland interessiert, der soll nicht beiseite stehen, er muß mitwirken, mitkämpfen, es gilt für die Jugend, die Zukunft Deutschlands zu wirken. — Die Abfahrt erfolgt mit dem Zuge nachm. 2.10 ab Nebra.

— **Der Magier Alfons Mara** gibt heute Abend im Schützenhaus ein Gastspiel. Der Künstler war zuvor in Roßleben und was wir (die Red.) da gesehen haben, gibt uns den Mut zu sagen, daß niemand versäumen möge, dem interessanten Abend beizuwohnen. Die von der Künstlertruppe verbreitete Reklame ist geradezu „sehr bescheiden“ zu nennen gegenüber den tatsächlichen Darbietungen. Gewiß ist, davon sind wir überzeugt, es gibt nichts Uebernatürliches, aber schön ist es doch, wenn jemand kommt und es fertig bringt, diesen festen Grundsatz jedes Verständigen auch nur auf kurze Zeit zu erschüttern. Es gibt Menschen, die mehr können als Protessen, und solcher Mann ist Alfons Mara. Da wir (die Red.) gerade in Nebra von jedermann leicht zur Verantwortung gezogen werden können, hüten wir uns sehr, für eine unsichere Sache einzutreten — hier aber sind wir ganz gewiß, daß jeder Besucher am Schluß der Vorstellung nicht nur dem Künstler für seine angenehmen Täuschungen, sondern auch der Redaktion dankbar sein wird dafür, daß sie darauf mit besonderem Nachdruck aufmerksam gemacht hat. Mehr soll nicht gesagt sein, denn wir wollen nicht aus der Schule plaudern.

— **Die Autoraserei.** Wegen übermäßig schnellen Fahrens in den Straßen Berlins wurde Rittergutsbesitzer Graf von Helldorff-Wohlmirstedt vom Berliner Schöffengericht Berlin-Mitte zu 500 Mark Geldstrafe verurteilt. Der durch das schnelle Fahren des Grafen verursachte Zusammenstoß mit einem anderen Auto hat schwere Verletzung eines Droschkenchauffeurs im Gefolge gehabt, durch die letzterer gezwungen ist, seinen Beruf aufzugeben.

— **Invalidenkarten in Ordnung bringen.** In der nächsten Zeit wird in verschiedenen Bezirken eine Nachprüfung der Invalidenkarten durch Kontrollbeamte vorgenommen werden. Um Weiterungen zu vermeiden, empfiehlt es sich, die Invalidenkarten, falls dies nicht geschehen sein sollte, in Ordnung zu bringen.

— **Wichtige Aenderung im Reichsbankgiroverkehr** treten am 8. September ein. Die Reichsbank überreicht den Inhabern von Reichsbank-Girokonten in diesen Tagen ein diesbezügliches Rundschreiben.

— **Die Werbewoche** für den Verein für das Deutschtum im Ausland hat im Kreise einen Betrag von 1654,23 RM. erbracht.

Roßleben. [Weihe der Jugendherberge] Am Sonntag nachmittag soll mit einer schlichten Feier die Weihe der Jugendherberge „Mittelelbehaus Roßleben“ an der Ziegelrodaer Straße stattfinden. Das Programm für die Feier haben wir bereits in der Ausgabe vom 14. August veröffentlicht. Die Aufführung des Heimatspiels wird um 17 Uhr beendet sein. Bei ungünstigem Wetter findet die Veranstaltung in der Turnhalle der Klosterschule statt. Die Besichtigung des Neubaues erfolgt in diesem Falle ganz am Schlusse der Festfolge.

Bottendorf. Bei dem Freitag nachmittag im Unstruttal herrschenden Gewitter schlug der Blitz in ein Gerstenmandel auf dem Riedacker des Gutsbesitzer Nasemann und zündete es an. Ein auf dem Acker arbeitender Mann und der scharfe, jedoch kurze Regenguß verhinderte ein Uebergreifen des Brandes auf andere Getreidemandel.

Bad Kastenberg. Die Zahl der hier gemeldeten Kurgäste beträgt bis Ende der vorigen Woche 1390, gegenüber dem Vorjahre ein Plus von 150. Die Besucherzahl der Gäste zu den Konzerttagen und zu den übrigen von der Kurverwaltung abgehaltenen Veranstaltungen ist stets eine ansehnliche gewesen.

Laucha. Bei dem am Mittwoch beendeten Mannschießen errang Bürgermeister Lubkoll mit 56 Ringen die Mannkönigswürde. Der neue Mannkönig hat durch eigenhändig abgegebene gute Treffer gezeigt, daß er nicht nur Bürgermeister, sondern auch ein Meisterschütze ist.

Artern. Ein hiesiges Verkehrsauto passierte auf der Straße Artern—Schönfeld eine bei einer Obsthütte spielende Schar Kinder. Ein 6jähriges Mädchen lief, als das Auto dicht heran war, im Spiel noch über die Straße und kam unter den Wagen. Das Kind wurde an Beinen und Kopf schwer verletzt und mußte ins hiesige Krankenhaus gebracht werden. — Ein anderes hiesiges Verkehrsauto fuhr imerhalb der Stadt mit einem kleinen Hanomagwagen zusammen. Der Schwächere ist immer der Leidtragende, so auch hier. Der Hanomag wurde schwer beschädigt. — Beim Aufhängen eines Fliegenfängers kippte die Frau eines Werkmeisters mit dem Stuhl um und zog sich einen Bruch des Oberschenkels zu.

Kalzendorf. Bei einem Landwirt fragten Polen um Arbeit nach. Sie hätten ihre Sachen in Nebra gelassen. Ihnen vertrauten zwei Arbeiter ihre Uhren zur Reparatur an. Als man sie früh wecken wollte, waren sie mit den Uhren und einem Anzuge auf Nimmerwiedersehen verschwunden.

Bitterfeld. Am Montag abend bemerkten Passanten ein außerordentlich merkwürdiges und aufregendes Schauspiel auf den Schienen der Eisenbahnstrecke Berlin—Leipzig kurz vor Bitterfeld. Ein etwa 20 Jahre altes Mädchen, das mit einem Rade am Bahndamme entlang fuhr, warf plötzlich ihr Rad zu Boden, eilte die Böschung hinauf und führte auf den Eisenbahnschienen auf der Leine-Brücke einen wilden Tanz auf und erwartete den soeben nach Bitterfeld fahrenden Personenzug. Der Zugführer konnte nicht schnell genug bremsen, so daß die Tanzende unter die Räder geriet und zermalmt wurde. Die Ursache dieser furchtbaren Tat ist nicht bekannt, wie auch die Personalien des Mädchens noch nicht festgestellt werden konnten.

Lengenfeld (Vogtl.). Auf der Staatsstraße Rodewisch—Reichenbach i. V., oberhalb des Ortes Grün bei Lengenfeld, wurden in der Nacht zum Donnerstag gegen 1/2 2 Uhr von einem Fußgänger zwei Motorradfahrer tot neben ihrem Motorrad liegend aufgefunden. Durch die Gendarmerie wurde festgestellt, daß es sich um zwei Motorradfahrer aus Planitz handelt, die beide im Besitze des Führerscheins sind. Wer von den beiden das Rad gefahren hat und wie sich der Unfall zugetragen hat, konnte nicht festgestellt werden, da Augenzeugen des Unglücks nicht vorhanden sind. Scheinbar sind die beiden gegen einen Baum gefahren. Es handelt sich um den Händler Fritz Hans Nebert und den Kraftwagenführer Rudolf Johannes Kleinhempel, beide aus Planitz.

Nah und Fern

○ **Ein 89 Kilogramm schwerer Edelstein.** Bei einer Edelsteinschleiferei in Oberstein traf ein brasilianischer Amethyst ein, der größte Edelstein, der bisher der Oberstein-Idarer Industrie zugeleitet wurde. Der Kristall hat ein Gewicht von 89 Kilogramm, ist 63 Zentimeter hoch, 52 Zentimeter breit und 30 Zentimeter dick.

○ **Selbstmord zweier Freunde.** Bei Braunlage wurden zwei junge Leute auf einer Bank sitzend erschossen aufgefunden. Sie wurden als der 22jährige Kaufmann Werner Heubach aus Osterwieck und der 22jährige Kaufmann Dümeland aus Westeregeln festgestellt. Anscheinend liegt Selbstmord aus Schwermut vor.

○ **Tragödie in der Rathauskuppel.** Ein grausiger Selbstmord ereignete sich auf der Kuppel des neuen Rathauses in Hannover. Aus 30 Meter Höhe stürzte sich ein junges Mädchen im Alter von etwa 23 Jahren in die Tiefe. In etwa halber Höhe schlug das Mädchen auf eine Plattform auf, wo es völlig zerschmettert liegenblieb. Ein junger Mann, der sich zusammen mit dem Mädchen auf dem Turm befunden hatte, wurde von der Polizei festgenommen. Er gab an, mit der Tat nicht in Verbindung zu stehen; vielmehr hätte sich seine Begleiterin in selbstmörderischer Absicht hinuntergestürzt.

○ **Geistesgegenwart eines Lokomotivführers.** Der Lokomotivführer des D-Zuges Hamburg—Osnabrück sah plötzlich in einem Streckenübergang ein Gespann mitten

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280825-12/fragment/page=0002

auf dem Gleise stehen. Er gab auf 500 Meter Entfernung sofort Gegendampf und es gelang ihm, den Schnellzug etwa 20 Meter vor dem Fuhrwerk zum Halten zu bringen. Es handelte sich um zwei von Pferden gezogene und zusammen mit etwa 1500 Steinen beladene Lastwagen, vor und hinter denen die Übergangssicherungen aus noch nicht aufgeklärter Ursache herabgelassen waren, so daß für Pferde und Wagen jede Bewegungsmöglichkeit unterbunden war. Ein furchtbares Unglück hätte sich ereignen müssen, wenn der D-Zug in voller Fahrt auf die mit Steinen beladenen Wagen aufgefahren wäre.

⊙ **Ein sauberer Sprößling.** Ein Rechtsanwalt an einem Pariser Gericht wurde von seinem Sohn mit einem Säbel bedroht und mußte die Polizei zu Hilfe rufen. Der junge Mann, der ein sehr leichtsinniges Leben führte, brach betrunken in die elterliche Wohnung ein und rief seiner Mutter zu: „Wenn du mir nichts zu trinken gibst, dann töte ich deinen Mann." Die alte Dame wurde beim Anblick ihres Sohnes ohnmächtig. In diesem Augenblick trat der 63jährige Vater ein, worauf sich sein Sohn an ihn wandte und 100 Frank forderte. Er erhielt das Geld, aber anstatt sich damit zu beruhigen, fing er an, seinen Vater zu beschimpfen. Dann ergriff er einen japanischen Säbel, schrie: „Jetzt ist deine Stunde gekommen", und schlug zu. Der Rechtsanwalt, der erheblich verwundet wurde, flüchtete auf den Balkon und rief um Hilfe. Die Polizei konnte schließlich den Tobsüchtigen festnehmen. Der alte Herr mußte ins Hospital gebracht werden.

⊙ **Ein Mörder in Stücke gerissen.** In Görz hat sich eine furchtbare Bluttat abgespielt. Ein Verbrecher drang in ein Haus ein und tötete einen jungen Mann. Er begab sich darauf in ein Nachbarhaus, wo sich ihm ein Kriegsinvalide entgegenstellte, der gleichfalls von dem Räuber getötet wurde. Darauf ergriff der Verbrecher die Flucht. Zwischen Polizei, die sofort die Verfolgung aufnahm, und dem Mörder entspann sich ein regelrechtes Feuergefecht, das so lange dauerte, bis eine Kugel eine Dynamitpatrone, die der Verbrecher in der Tasche trug, zur Explosion brachte. Die Wirkung war furchtbar. Der Mörder wurde buchstäblich in Stücke gerissen

⊙ **Der Amoklauf des Stiers.** Auf einem Güterbahnhof von Madrid entkam ein für einen Stierkampf bestimmter Stier aus seinem Käfig. Er stürmte quer über die Rampe, wo sogleich eine allgemeine Flucht der Angestellten, Arbeiter und des Bahnhofspublikums einsetzte. Der Stier entkam darauf in die Vorstadt, wo er einem vor einen Karren gespannten Maultier durch Stöße mit den Hörnern den Leib aufriß, während der Kutscher sich durch einen Sprung auf den Wagen retten konnte. Der Stier drang dann in eine Fabrik ein, wo er mehreren Arbeitern Stöße versetzte. Schließlich aber gelang es, ihn auf einen Hof zu jagen, wo er durch Gewehrschüsse getötet wurde.

Bunte Tageschronik

Berlin. Levine, der gemeinsam mit Chamberlin im vorigen Jahr nach Überfliegen des Ozeans in Deutschland landete, ist in Berlin eingetroffen, um ein Langstreckenflugzeug der Type W 33, mit Junkers L. 5 Motor, zu übernehmen. Das Flugzeug soll auf einem Langstreckenflug von dem bekannten amerikanischen Flugzeugführer Bert Acosta geflogen werden.

Hamburg. Das Treiboot „Hummel-Hummel", mit dem zwei junge deutsche Seeleute eine Fahrt nach Amerika vornehmen wollten, ist nach Cuxhaven zurückgekehrt. Der Wasserlauf des Treibootes erhielt bei grober See ein Leck und zwang die beiden Seeleute zur Umkehr. Nach Beendigung der Ausbesserungsarbeiten soll die Reise erneut angetreten werden.

Planitz in Sachsen. Ein mit zwei Personen besetztes Motorrad fuhr auf der Staatsstraße in der Nähe des Ortes Grün bei Lengenfeld gegen einen Straßenbaum. Die beiden Fahrer erlitten schwere Schädelbrüche, die ihren sofortigen Tod herbeiführten.

Saarlouis. Nachdem erst vor etwa einem Jahre bei der Kreissparkasse Saarlouis die Unterschlagung einer großen Summe bekanntgeworden war, ist wegen neuer Veruntreuungen an derselben Kasse der 23jährige Sparkassenangestellte Peter Fins festgenommen worden. Es soll sich um größere Beträge handeln.

Querbek. Ein Auto, das infolge einer Motorpanne auf einem Eisenbahngleise zum Halten kam, wurde von einem Zuge erfaßt, wobei fünf Personen, darunter zwei Kinder, getötet wurden.

Generalaussperrung in der Herrenkonfektion.

Berlin. Nachdem der im Juli dieses Jahres gefällte Schiedsspruch für die deutsche Herrenbekleidungsindustrie vom Reichsarbeitsminister als für die Branche untragbar nicht als verbindlich erklärt wurde, haben die beteiligten Gewerkschaften, ohne eine Urabstimmung vornehmen zu lassen und ohne nochmals in Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband zu treten, den Streik über eine Anzahl Betriebe verhängt. Darauf wurde heute vom Arbeitgeberverband der Herren- und Knaben-Kleiderfabriken Deutschlands die **Aussperrung über das ganze Reich** mit Wirkung vom 27. August ab **beschlossen.**

Aufdeckung einer umfangreichen Geheimbrennerei.

Wandsbek b. Hamburg. Ermittlungen, die im Anschluß an die in Hamburg vorgenommene Beschlagnahme eines mit Sprit ungenauer Herkunft beladenen Lastkraftwagens eingeleitet wurden, haben nach Mitteilung der Zollfahndungsstelle zur Aufdeckung einer umfangreichen Geheimbrennerei in Wandsbek geführt. Es muß angenommen werden, daß die Reichskasse durch den Vertrieb des dort hergestellten Branntweins in beträchtlichem Umfange geschädigt worden ist. Der Hauptbeteiligte ist der Staatsanwaltschaft zugeführt worden.

Einstellung des Verfahrens gegen v. Seisser.

München. Nach einem in der Neuen Zeitung veröffentlichten Schreiben des Ersten Staatsanwalts beim Landgericht München I ist das auf Grund einer Anzeige des Kaufmanns Werner Abel gegen den Polizeiobersten von Seisser, den Oberregierungsrat bei der Polizeidirektion München Bernreuther und den Kriminalkommissar Wenzel wegen angeblichen Paßvergehens eingeleitete Verfahren eingestellt, da die Anzeige politische Vorgänge des Jahres 1923 zum Gegenstand habe, auf die das Gesetz über Straffreiheit vom 14. Juli 1928 Anwendung findet.

Geschenke für die Mannschaft eines britischen Rettungsdampfers.

Gibraltar. Der stellvertretende Gouverneur von Gibraltar, Price Davis, hat im Namen der deutschen Regierung dem Kapitän und der Mannschaft des britischen Rettungsdampfers, die unter großer persönlicher Gefahr 45 Mann des am 21. November 1927 in der Nähe von Trafalgar in Seenot geratenen deutschen Dampfers „Elberfeld" gerettet hatten, Geschenke überreicht.

Ein Institut für Handwerkswirtschaft.

Deutscher Handwerks- und Gewerbekammertag.

Die Verhandlungen des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages in Köln begannen unter dem Vorsitz von Präsident Plate-Hannover, Ehrenmeister des deutschen Handwerks, mit einer geschlossenen Mitgliederversammlung. Präsident Wetter-Köln referierte über die Errichtung des Instituts für Handwerkswirtschaft. Zu seinen Ausführungen ging er davon aus, daß die Entwicklung der Technik, der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nach dem Kriege eine planmäßige Umgestaltung der Arbeitsmethoden im Handwerk erforderlich machte und ebenso eine Umstellung auf die neuen wirtschaftlichen Vorbedingungen für das handwerkliche Schaffen hervorrief. Diese Bestrebungen führten zur Gründung der drei Institute des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages: des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk E. V., Karlsruhe, der Arbeitsgemeinschaft für Deutsche Handwerkskultur E. V., Hannover, und des Wirtschaftswirtschaftlichen Instituts für Handwerkerpolitik E. V. in Hannover. Auf Grund eines Beschlusses wurde grundsätzlich der Errichtung eines Instituts für Handwerkswirtschaft mit dem Sitz in Berlin zugestimmt. Die neue Anstalt soll die Tätigkeit der bisherigen Institute auf erweiterter Grundlage und mit einheitlicher Zielsetzung fortführen. Nach den vorgelegten Satzungen wird das Institut für Handwerkswirtschaft als eine rechtsfähige Stiftung errichtet mit dem Zweck, durch wissenschaftliche Förderung und praktische Tätigkeit das gesamte Handwerk zu pflegen und zu fördern und für die Erhaltung und Weiterbildung des handwerklichen Schaffens zu wirken. Die Mitgliederversammlung gab ihre Zustimmung für die weitere Mitarbeit des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages.

Bombenanschlag in Lüttich.

Gegen das italienische Konsulat.

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch wurde gegen die Wohnung des italienischen Konsuls in Lüttich ein Bombenanschlag verübt. Die Bombe beschädigte die Fassade des Hauses erheblich. Der Konsul selbst war abwesend. Der Hauswart wurde verletzt. Die Untersuchung ist eingeleitet. Der Täter blieb einstweilen unbekannt. Man nimmt an, daß es sich um einen antifaschistischen Anschlag handelt.

Die Störche ziehen!

Bekommen wir noch einen „Altweibersommer"?

Der Zug der Störche ist von jeher das Zeichen des beginnenden Herbstes gewesen. Ende August versammeln sich in unseren Gegenden gewöhnlich die Störche, um in wärmere Gegenden zu fliegen. In diesem Jahre aber hat die Abwanderung schon außergewöhnlich früh eingesetzt. Ursache ist zweifellos das kühle und unbeständige Wetter der letzten Wochen. In der Erntezeit, in der man sonst sommerliche Hitze gewöhnt ist, herrschte in diesem Jahr eine Durchschnittstemperatur von nur 17 Grad. Der herbstliche Eindruck des Augustwetters wird durch das starke Auftreten von Winden und vor allem durch die Unbeständigkeit der Witterung noch bedeutend verstärkt. Trotzdem braucht man im Hinblick auf die letzten August- und die Septembertage doch nicht allzu mißtrauisch zu sein. Die Wetterkundigen versprechen vielmehr, trotz der allgemeinen Neigung zur Abkühlung, noch eine Reihe von schönen Herbsttagen; sie glauben auch, daß man in diesem Jahr den „Altweibersommer" in aller seiner Schönheit erleben wird.

Aus der Frauenbewegung.

Weiblicher Landsturm.

Frau Wadner, Vorsitzende des Stockholmer Landsturmfrauenvereins, hielt in Oslo einen Vortrag über die weibliche Landsturmbewegung in Schweden. Sie berichtete, daß der schwedische Landsturmverband eine freiwillige Militärorganisation sei. Der Landsturmfrauenverein sei 1924 nach Muster des finnländischen Lotta Svärd-Vereins gegründet worden. Er unterstützt den Landsturmverband sowohl mit Geldern zum Abhalten von Terrainübungen wie auch mit persönlicher Arbeit während derselben. 1924 betrug die Mitgliederzahl erst 30 Frauen. Jetzt hat der Stockholmer Verein 700 Mitglieder und in ganz Schweden gibt es 30 Landsturmvereine mit im Ganzen 6000 Mitgliedern. Neue Vereine werden ständig im ganzen Lande gegründet und neue Mitglieder, besonders aus der Jugend, treten bei.

Missionarinnen.

Aus der deutschen, niederländischen und österreichischen Provinz der Kongregation der Steyler Schwestern haben erneut 51 Missionarinnen, „Dienerinnen des heiligen Geistes" ihre Ausreise in die Missionen angetreten, 5 von ihnen gingen in das chinesische Kriegsgebiet nach Schantung, 7 ins Innere Chinas nach Kanfu, 3 nach Neu-Guinea, 6 nach den Kleinen Sundainseln, 5 zu den Philippinen, 14 nach Brasilien, 6 nach Argentinien, 5 in die Vereinigten Staaten.

Diakonissen.

Die Zahl der evangelischen Diakonissen in deutschen Verbänden ist im letzten Jahr auf 31 185 angewachsen. Davon gehören dem Kaiserswerther Verband 21 728 Schwestern an, anderen landeskirchlichen Verbänden 5 770, den Mutterhäusern der Gemeinschaften 1 660, den evangelisch-freikirchlichen Mutterhäusern 2 027. Die Schwestern sind auf insgesamt 8 212 Arbeitsfeldern tätig.

Schweiz. Eine Schule zur Ausbildung von Laborantinnen ist kürzlich in Genf eröffnet worden.

Wien. Kürzlich fand die Eröffnung des von der Architektin Ella Briggs im Auftrage der Gemeinde Wien erbauten Studentenheims in Döbling statt. Das Haus bietet 50 Studenten Unterkunft, Lern- und Gesellschaftsräume sind vorgesehen.

Geprüfte Hausgehilfinnen.

Unlängst haben wieder an fünf Tagen an den Berufsschulen Hausgehilfinnenprüfungen stattgefunden. Alle 72 Prüflinge bestanden die Prüfung, etwa zwei Drittel mit „Gut", drei Prüflinge mit „Sehr gut". Groß-Berlin hat zur Zeit 261 geprüfte Hausgehilfinnen, 251 sind Hausgehilfinnen mit 5- und mehrjähriger praktischer Tätigkeit, 10 sind Lehrlinge mit zweijähriger häuslicher Lehre oder mit einjähriger Ausbildung in einer anerkannten Haushaltungsschule und einjähriger häuslicher Lehre.

Betrunkene Schulkinder.

Das ungarische Parlament hat ein Gesetz beschlossen, das den Ausschank und Verkauf alkoholischer Getränke an junge Menschen unter 18 Jahren verbietet. Der Wohlfahrtsminister berichtete von der entsetzlichen Tatsache, daß in vielen Teilen Ungarns, besonders in der Ebene, wo leichter Wein im Überfluß und Wasser nur sehr spärlich vorhanden ist, 50 bis 86 Prozent der Schulkinder morgens um 8 Uhr in betrunkenem Zustand in die Schule kommen.

Prügelstrafe in Palästina.

Infolge der in letzter Zeit sich häufenden Belästigungen jüdischer Frauen in Jerusalem durch die männliche arabische Jugend hat die Palästina-Regierung beschlossen, für Vergehen gegen die öffentliche Sittlichkeit die Prügelstrafe einzuführen. Die Strafe wird ganz besonders für die Belästigung von Frauen auf den Straßen angewandt werden.

Welt und Wissen

w. **Eine Fischereischule in Lötzen.** Die seit längerer Zeit geplante Einrichtung einer Fischereischule in Lötzen wird nunmehr beschleunigt erfolgen. Voraussichtlich wird der erste Lehrgang am 1. Januar 1929 beginnen. Mit der Durchführung der vorbereitenden Arbeiten sind die Oberfischmeister der Provinzen Grenzmark und Ostpreußen beauftragt worden. Bereits jetzt nimmt die Fischereischule Lötzen Anmeldungen für den ersten Lehrgang entgegen.

Die Papageienmörderin.

„Jetzt frißt er keine Eier mehr."
Melodie: Chopinscher Trauermarsch.

Lorchen war eine Jubelgreisin von etwa 120 Jahren. Es handelt sich hier wohlgemerkt um einen Papa- oder vielmehr um eine Mamagei, bei denen solche Alterszahlen ja keine Seltenheiten sein sollen. Aber in anderen Beziehungen war Lorchen ein seltener Vogel, wenigstens nach der Meinung ihrer Herrin, die in abgöttischer Verehrung an dieser Hausgenossin hing und ihr den Rest ihres Lebens auf jede Art zu verschönern suchte. Allerdings ging diese Pietät auf Kosten der Hausangestellten Fräulein Gertrud, der durch die Pflege des krächzenden Greises das Leben verbittert wurde. Streng wurde auf Diät gehalten und Gertrud mußte Lorchen zu vorgeschriebenen Zeiten die verordneten Mahlzeiten in abgemessenen Portionen reichen. Zu Lorchens Lieblingsspeisen gehörten Eier, und zwar Eier von einem bestimmten Weichegrade und bestimmter Temperatur. Beileibe durfte das Ei nicht hart sein. Darüber wachte die Herrin. Aber einmal geschah es doch, daß Gertrud Lorchen ein hartes Ei gab, das das gefräßige Vieh auch mit bestem Appetit verzehrte. Madame, die gerade dazu kam, fiel in Ohnmacht und es gab einen Riesenkrach. Gertrud gelobte Besserung und die Sache war zunächst erledigt. Als aber nach einer Woche Lorchen eines Morgens tot im Käfig lag, da kannte die Wut der trauernden Hinterbliebenen keine Grenzen und Gertrud „flog". Vor dem Arbeitsgericht sah man sich wieder, weil Gertrud den Vorwurf, Lorchens Mörderin gewesen zu sein, nicht auf sich sitzen lassen und da sie außerdem noch Lohn und Kostgeld haben wollte, weil sie zu Unrecht entlassen wäre. Vor Gericht kam es dann zu erregten Auseinandersetzungen über die Frage der Bekömmlichkeit harter Eier für 120jährige Papageien, die aber zugunsten Gertruds entschieden wurde. Sie wurde von dem Verdacht des Papageienmordes freigesprochen und die trauernde Papageienmutter zur Zahlung von Lohn und Kost verurteilt.

Was hat die Ausstellung „Die Ernährung" Berlin 1928 bewiesen?

Nun — mindestens — daß Kathreiners Malzkaffee das Beste ist, was Sie auf den Kaffeetisch bringen können! Das Reichsministerium für Ernährung gab nämlich seinen silbernen Ehrenpreis, die höchste Auszeichnung, die zu vergeben war, an Kathreiners Malzkaffee. Das Urteil der höchsten zuständigen Stelle lautet also ebenso wie das Urteil der Millionen, die heute schon Kathreiner trinken.

Die deutsche Mark von 1914 bis 1924. Dieses im philatelistischen Verlag von E. Schuster in Nürnberg, Gabelsbergerstraße 62, erschienene Büchlein dürfte allgemein Interesse erwecken. Das Werkchen bringt im ersten Teil sämtliche deutsche Reichsbanknoten, Reichskassen- und Darlehnskassenscheine der Vorkriegs-, Kriegs- und Inflationszeit von 1 Mk. bis zum 100 Billionenschein nebst erläuterndem Text, sodaß man über alle Eigenheiten, sowie über den Sammelwert der einzelnen Scheine, der bei den seltensten heute schon 25 Mk. beträgt, unterrichtet wird. Der zweite Teil enthält die Briefmarken des Deutschen Reiches von 1914 bis 1924 (von der 2 Pfg.-„Germania- bis zur 50-Milliarden-Marke) mit allen Nebenausgaben, Provisorien- und Dienstmarken in guter photographischer Wiedergabe auf bestem Kunstdruckpapier. Das Werkchen, das 64 Seiten umfaßt, stellt eine interessante Chronik über eine hinter uns liegende schwere Zeit dar. Der Preis beträgt 1 Mk.

„Bruchleiden und Arbeitsunfähigkeit."

In der arbeitenden Bevölkerung ist der Bruch oder, wie der Volksmund sagt, der Leibschaden ein häufig anzutreffendes Leiden. Zahllose Männer und Frauen, besonders der schwer arbeitenden Bevölkerung, sind in ihren besten Lebensjahren in der Arbeit gehemmt durch einen Bruch des Unterleibes, der sich zunächst in einem Gefühl des Schmerzes und der Schwäche an der Bruchstelle bemerkbar macht, bald aber als Austritt von Bauchnetz und Darm sichtbar wird und sich schließlich faustgroß und noch größer nach unten senkt. Auch der obere Teil des Bauches bleibt von ähnlich großen Brüchen nicht verschont. Die anfänglich nur leichte Behinderung der Arbeitsfähigkeit wird schließlich zur Arbeitsunfähigkeit, und was das in der heutigen Zeit bedeutet, weiß jeder. Viele dieser Patienten scheuen die Operation, bei vielen ist sie auch nicht angebracht, da ein Wiederdurchbruch nicht selten ist. In seiner Not erhofft der Patient Hilfe von Bandagen, deren spezielle Wunderwirkung ihm heute von jeder Zeitung angepriesen wird. Bringt ihm die eine nicht den erwarteten Erfolg, dann versucht er es mit der anderen und gelangt so allmählich zu einer ganzen Sammlung verschiedenster Bänder, die ihm vielleicht zum Teil bequem sitzen, von denen aber keines die ersehnte Wirkung ausübt. So muß er zusehen, wie sich der Bruch weiter verschlimmert und seine Körperkraft lähmt. Die prakt. Aerzte können ihm hier nicht beratend zur Seite stehen, da sie die Behandlung dieses Gebietes den Chirurgen überlassen haben.

Und doch kann mit der orthopädischen Behandlung ohne Operation in vielen Fällen auch bei größten Brüchen solche Hilfe gebracht werden, daß alle Beschwerden verschwinden und die volle Arbeitskraft wieder hergestellt wird.

Das ärztliche Institut für orthopädische Bruchbehandlung „Hermes" in Hamburg hat auf Grund langjähriger spezieller Tätigkeit und ärztlicher Erfahrung auf diesem Spezialgebiet Methoden ausarbeitet und vervollkommnet, die, individuell angewandt, besondere Erfolge zeitigten und gerade bei Brüchen mit schwerster Beeinträchtigung der Körperkräfte die volle Arbeitsfähigkeit wieder herstellten

Voraussichtliches Wetter

Am 26. August: Heiter, warm, Wolken, später kühl; streckenweis Regen, Gewitter.
Am 27. August: Veränderlich, ziemlich warm, nachts kühl.
Am 28. August: Sonne, teils Wolken, angenehm.
Am 29. August: veränderlich, angenehm warm, Wind.
Am 30. August: Sonne, warm, später kühl, strichweis Regenfall.
Am 31. August: Heiter, tags warm.
Am 1. September: Wenig verändert.

Kirchliche Nachrichten

12. Sonntag nach Trinitatis, den 26. August 1928.

Kollekte: Berliner Stadtmission.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst.
1/2 12 Uhr vorm: Kindergottesdienst (ältere Abtlg. in der Kirche, jüngere Abtl. im Gemeindesaal).
Abends 8 Uhr: Bibelbesprechstunde für junge Mädchen im Gemeindesaal.
Mittwoch Abend 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.
Freitag abends 8 Uhr: Jungfrauenverein.

Getauft wurde am 19. August Erna Johanna Glum; Anna Bertha Helga Brückner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280825-12/fragment/page=0003

Der ungedeckte Scheck.

Scharfe Maßnahmen in Sicht.

Wer mit barem Geld zahlt, kann keine Zahlungen leisten, wenn er kein Geld hat, wer aber mit Schecks seine Schuld begleicht, der kann auch einen Scheck ausschreiben, ohne daß er Deckung auf seiner Bank hat. Tut er das in der Hoffnung, daß bis zum Einlösungstermin Deckung vorhanden sein wird, und geht diese Hoffnung in Erfüllung, so ist die Angelegenheit erledigt. Schlägt aber die Hoffnung fehl und der Scheck bleibt ungedeckt, so kann das für beide Teile, den Aussteller und den Empfänger, unangenehme Weiterungen haben. Bisher hat man in solchem Vorgehen, wenn nicht offenbare Betrugsabsicht vorlag, mehr oder weniger eine kaufmännische Ungezogenheit gesehen. Der preußische Justizminister beabsichtigt jetzt aber strenger vorzugehen.

In einer Verfügung des Ministers heißt es: „Gibt der Aussteller eines ungedeckten Schecks bei dessen Hingabe eine besondere Erklärung über das Vorhandensein der Deckung in diesem Zeitpunkt nicht ab und wird dann der Scheck mangels Deckung nicht eingelöst, so kann Betrug vorliegen, wenn der Scheckgeber nicht die Absicht hatte, rechtzeitig für Deckung zu sorgen, oder mit der Möglichkeit rechnete, daß er die Deckung nicht rechtzeitig beschaffen könne. Die etwaige Schutzbehauptung des Scheckgebers, er habe geglaubt, daß bis zu der Vorlage des Schecks zwecks Einlösung durch Gutschriften usw. Deckung vorhanden sein werde, wird mit besonderer Sorgfalt auf ihre Richtigkeit zu prüfen sein. Mit Rücksicht auf die besondere Bedeutung der in Frage stehenden Straftaten und auf die bei ihnen häufig auftauchenden schwierigen Rechtsfragen sind Strafverfahren wegen Scheckschwindels regelmäßig nicht durch die Amtsanwaltschaft, sondern durch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht zu bearbeiten."

Ein kräftigeres Einschreiten gegen den Unfug der Ausgabe ungedeckter Schecks ist im Interesse des ehrbaren Kaufmanns durchaus zu begrüßen. Andere Länder gehen darin bedeutend weiter als es hier geplant ist; so ist z. B. in England die Ausgabe ungedeckter Schecks mit schwerer Zuchthausstrafe bedroht.

□ Aussichtsreicher Beruf. In unserer Zeit der Arbeitslosigkeit gewinnt die Nachricht doppeltes Interesse, daß es Berufe gibt, in denen noch die Nachfrage nach Arbeitskräften das Angebot überwiegt. Wie von einer Landwirtschaftskammer mitgeteilt wird, waren im Monat Juli die aus der praktischen Landwirtschaft angebotenen Stellen für Berufsmotorpflugführer nicht zu besetzen, da die Schüler der Deutschen Landkraftführerschule „Deulakraft" in Zeesen bei Königswusterhausen bereits untergebracht waren. Zweifellos ist es möglich, hier einen großen Teil von ländlichen Abwanderern, die durch den neuen Beruf gefesselt werden, dem Lande zu erhalten. Insbesondere junge Landwirte, Bauernsöhne, Söhne von ländlichen Handwerkern seien hierauf aufmerksam gemacht. Die „Deulakraft" veranstaltet bis Ende Dezember d. J. immer noch zu dem gleichen Preise von 150 Mark inkl. Unterkunft und voller Verpflegung ihre vierwöchigen Ausbildungskurse. Die nächsten Kurse finden statt vom 3. bis 28. September, vom 1. bis 26. Oktober und vom 29. Oktober bis 23. November.

Bunterlei.

Beschäftigungslosigkeit der Angestellten in Amerika.

Der Vorsitzende des National Board, einer Vereinigung von Stellenvermittlern in New York, hat kürzlich festgestellt, daß die Beschäftigungslosigkeit von kaufmännischen Angestellten im Steigen begriffen ist. Der Hauptgrund dafür sei, daß die Geschäftslage im allgemeinen etwas schlechter werde. Ein anderer Grund sei die zunehmende Einführung von Maschinen im Kontorgebrauch, durch die viele Menschenkräfte überflüssig würden. Die Nachfrage nach Kontorarbeitern, wie Stenographen, Buchhaltern und Verkäufern habe seit einem Jahre um 20 bis 25 Prozent abgenommen und die Zahl der Stellungsuchenden um 20 Prozent zugenommen. Heute befänden sich um 30 Prozent mehr arbeitsuchende Männer und um 20 Prozent mehr arbeitsuchende Frauen dieser Klasse auf dem Arbeitsmarkte als vor einem Jahre. Für jede freiwerdende Stelle seien drei Anwärter vorhanden. Seit dem Kriege hätten sich die Frauen der Kontorarbeit mehr und mehr bemächtigt. Dazu komme, daß die Frauen sich besser zum Betriebe der maschinellen Kontoreinrichtungen eignen als die Männer. Sie seien am Diktaphon und den verschiedenen Maschinen zur Rechnungs- und Buchführung besser zu gebrauchen und könnten oft zwei oder drei dieser Maschinen bedienen. Die Gehaltsverringerungen gingen in der Stille vor sich; Firmen entließen zum Beispiel Männer, denen sie 40 Dollar wöchentlich bezahlten, und ersetzten sie durch Leute, die für 35 Dollar arbeiten. Sie könnten dies tun, weil die Nachfrage nach Arbeit den Bedarf bei weitem übertrifft.

Die Ethik der Neger.

Aus vielen Sprichwörtern der afrikanischen Rassen spricht ein starkes Familiengefühl und eine große Liebe zu Kindern. So lautet ein Sprichwort der Ruanda: „Ein Krüppelkind ist immer noch besser als ein Grab." Die Masai sagen über Erziehung: „Wenn die Kuh das Kalb nicht leckt, dann leckt auch das Kalb die Kuh nicht." Die Ruanda haben ferner das Sprichwort: „Fortwährendes Nügen läßt die Seele nicht zur Ruhe kommen." — Ergänzend hierzu teilt ein Missionar mit, daß bei den Schambula vor dem Kommen der Europäer kein Stammesangehöriger ganz allein stand und selbst Waisen und andere in ähnlicher Lage Fürsorge fanden. — Sehr bezeichnend für die Sittlichkeit dieser Naturvölker ist, daß die Schwarzen den Egoismus, das „Nur an sich selbst denken" Kizwagu nennen, d. h. „Europäerart".

Die findige Londoner Polizei.

Die Londoner Polizei kann sich rühmen, alle Mordtaten, die im vorigen Jahr in ihrem Gebiet begangen wurden, aufgehellt zu haben, mit Ausnahme der Morde an neugeborenen Kindern, die ein Kapitel für sich bilden. 27 Ermordungen von Personen, die über 1 Jahr alt waren, sind im Jahre 1927 in London festgestellt worden, sie verteilen sich auf 23 Mörder, die sämtlich entdeckt wurden. Zwölf von ihnen konnten abgeurteilt werden, während zehn Mörder Selbstmord begingen und einer in der Irrenanstalt starb.

Das Denkmal der Wahrsagerin.

In Rom ist jetzt ein merkwürdiger Prozeß zu Ende gegangen. Eine vor einiger Zeit verstorbene Wahrsagerin, die durch ihre Kunst ein bedeutendes Vermögen erworben hatte und unter dem Namen Contessa Aurelia bekannt war, hatte ihre Verwandten von der Erbschaft ausgeschlossen und bestimmt, daß ihr Geld zu einem Denkmal für sie verwendet würde. Die Verwandten fochten dies Testament an und erreichten ihren Zweck. Die Wahrsagerin wird nicht durch eine Statue in der ewigen Stadt geehrt werden.

Börse und Handel

Amtliche Berliner Notierungen vom 23. August.

★ **Produktenbörse.** Das Ausland hielt im Anschluß an leicht befestigte amerikanische Terminmärkte auf höhere Preise. Das ebenfalls festere Liverpool wirkte auch hier eher preissteigernd, wenn auch das sehr schleppende Mehlgeschäft vorläufig zu Anschaffungen keinen Anreiz bietet. Die Zufuhr vom Inlande ist unverändert in bescheidenen Grenzen und genügt der Nachfrage vollkommen. Für Roggen war die Haltung auf Grund kleiner Inlandszufuhren freundlicher. Nach der Küste frachtgünstig gelegene Partien waren weiter gefragt und mitunter etwas besser bewertet worden. Nach dem Südosten soll sich aus dem dortigen Grenzgebiet in Protaetreide unbedeutender Export zeitweilig entwickelt haben. Der Lieferungsmarkt lag leicht befestigt. Gerste unverändert. Hafer hatte in gutem Material weiter Frage; Preise hierfür fest. Mais blieb ruhig. Im Roggenmehlhandel entwickelte sich kleinstes Konsumgeschäft. Die Preise lauteten unverändert.

Getreide- und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark

	23. 8.	22. 8.		23. 8.	22. 8.
Weiz., märk	222-225	222-225	Weizkl f. Bln	15,5	15,5-15,5
pommersch	—	—	Roggkl f. Bln	17,0-17,1	17,0-17,1
Rogg., märk	220-223	220-223	Raps	320-325	320-325
pommersch.	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Vikt.-Erbsen	45-54	45-54
Wintergerste	204-213	204-213	kl Speiseerbs	35-40	35-40
Sommergerst	—	—	Futtererbsen	25-27	25-27
Hafer, märk	208-217	207-218	Peluschken	28,0-32,0	28,0-32,0
pommersch.	—	—	Ackerbohnen	26,0-28,0	26,0-28,0
westpreuß.	—	—	Wicken	30,0-32,0	30,0-32,0
Weizenmehl			Lupin., blau	15,0-16,0	15,0-16,0
p 100 kg fr.			Lupin., gelbe	16,5-17,5	16,5-17,5
Brl br inkl			Seradella	—	—
Sack (leinst.			Rapskuchen	19,4-19,9	19,4-19,9
Mrk fl. Not	27,2-31,0	27,2-31,0	Leinkuchen	23,7-24,0	23,7-24,0
Roggenmehl			Trockenschtzl.	18,0-18,5	18,0-18,5
p 100 kg fr.			Soya-Schrot	21,1-21,8	21,1-21,8
Berlin br.			Torfml 30,70	—	—
inkl. Sack	29,2-31,7	29,2-31,7	Kartoffelflck	24,0-24,4	24,0-24,4

★ **Berliner Butterpreise.** 1. Qualität 183, 2. Qualität 168, abfallende 151 Mark per Zentner. Tendenz: Stetig.

★ **Preisnotierungen für Eier in Pfg. je Stück ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen.** Deutsche Eier: Trinkeier vollfr. gest. über 65 Gr. 15,25, über 60 Gr. 14,50, über 53 Gr. 13, über 48 Gr. 10,50; frische Eier über 60 Gr. 13,50, über 53 Gr. 12, über 48 Gr. 10; ausfortierte kleine u. Schmutzeier 9. Auslandseier: Dänen 18er 14,50, 17er 14, 15½er bis 16er 13,75; Posener große 12—12,50, normale 10,50; Russen große 11—11,50, normale 10,50; Polen größere 10,50—11, abweichende 10, kleine, Mittel- und Schmutzeier 8,50—9. In- und ausländische Kühlhauseier: Große 12,50—12,75; normale 9,50—10, kleine 8, Chinesen und ähnliche 9—11,50. Tendenz: Still.

★ **Der durchschnittliche Berliner Börsenroggenpreis** für 1000 Kilogramm betrug in der Woche vom 6. August bis 11. August 1928 ab märkischer Station 232,8 Mark.

Kursbericht vom 23. August 1928

mitgeteilt vom

Bankverein Artern, Sprängerts, Büchner & Co.,

Abteilung Nebra.

Deutsche Anleihe Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht.	51,25 %
" " ohne "	16,875 "
7% Prov. Sächs. Lbschftl. Goldpfandbriefe	84,25 "
8% " " " " " "	93,80 "
7% Dtsch. Hyp.-Bank Meiningen Goldpfandbr.	89,25 "
8% " " " " " "	98,50 "
7% Mitteldeutsche Boden-Credit A.-G. Goldpfandbr.	87,25 "
8% " " " " " "	97,50 "
Deutsche Bank	164,25 "
Dresdner Bank	166 "
Commerz- und Privatbank	184 "
Hallescher Bankverein	128,50 "
Hapag	161,50 "
Norddeutscher Lloyd	152,25 "
AEG (Allg. Elektr. Ges.)	176,75 "
IG Farben	262,50 "
Ilse Bergbau	250,50 "
Mansfelder Bergbau	109 "
Riebeck Montan	— "
Phönix Braunkohlen	85 "
Westeregeln Alkali	250 "
Leipziger Landkraftwerke	94,25 "
Zellstoff Waldhof	285 "
Wanderer-Werke	143 "
Adlerwerke	129 "
Riebeck-Brauerei	152,75 "
Braunschweigische Maschinen	82,50 "
Sturm A.-G.	77 "
Kyffhäuserhütte	58 "
Eisenwerk Brünner	23,50 "

Käthe Barthel
Richard Materne
danken herzlichst für die ihnen zu ihrer Verlobung erwiesenen Aufmerksamkeiten.
NEBRA a. Ü., August 1928.

Krieger-Verein
Nebra
Zu dem am **Sonntag, den 26. August, abends 8 Uhr,** im **„Preußischen Hof"** stattfindenden
Tanz-Kränzchen
laden wir Freunde, Gönner und Kameraden des Vereins herzlich ein. **Der Vorstand.**
Eintritt frei! Eintritt frei!

Achtung!
In den sämtlichen Gärten des Rittergutes Nebra liegen **Selbstschüsse.**
Rentamt Nebra.

Kraftpostfahrplan z. Bartholomäus-Markt in Wiehe
von 26. bis 30. August 1928.
ab Roßleben, Bahnhof
6⁵⁰, 8⁴⁵, 10⁴⁰, 12³⁵, 14⁴⁰, 17²⁵, 19⁵⁵ } 22³⁵ nur am 26., 28. u. 29.8.
ab Wiehe, Postamt
6¹⁰, 8⁰⁵, 10¹⁰, 12¹⁰, 14⁰⁰, 16⁴⁵, 19²⁵ } 22⁰⁰ nur am 26., 28. u. 29.8.
Am 28. 8. finden von 15⁰⁰ bis 0⁰⁰ stündig Fahrten mit großem Autobus statt zwischen Mühlgrabenbrücke (Klostertor) und Wiehe und umgekehrt.

Nach erfolgreicher Auslandstournee:
im „Schützenhaus"
Am Sonnabend, den 25. August,
Sonntag, den 26. August
jedesmal abends 8½ Uhr:
Zauberschau

MARA
Nisteriöse Experimente
Alfons Mara. Any Eva Fay.
Die Schau seltsamer Wunder
7 Personen. 7 Personen.
Neue Sensationen, von den ganz Nebra sprechen wird.
Asra: Das Verbrennen einer lebenden Dame bis zum Skelett.
Muki und Wacki, Maras Wunderdackel.
Drei Stunden bei **„Mara"** wird Ihrem Gedächtnis unvergeßlich sein.
Preise der Plätze.
Sperrsitz 1.50, 1. Platz 1.—, 2. Platz 0.80 Mk.
Vorverkauf: im Schützenhaus.

Drucksachen
aller Art in moderner Ausführung
liefert prompt und gut
Buchdruckerei Wilh. Sauer, Roßleben

„Hermes" **Bruch-Heilung** „Hermes"
wurde durch unsere Behandlungsart sogar in schwersten Fällen in erstaunlichem Maße erzielt und uns in Hunderten von Attesten bestätigt.
Referenzen und Prospekte auf Wunsch kostenlos. Rückporto erwünscht.
Zur Behandlung kommen Leisten-, Schenkel-, Nabel-, Narben-, Bauch- und Wasserbrüche.
Sprechstunde unseres Vertrauens-Arztes in: **Naumburg:**
Donnerstag, 30. Aug. vorm. 9—1 Uhr, Bahnhofs-Hotel Kaiserhof.
„Hermes" Aerztliches Institut f. orthopädische Bruchbehandlung, G.m.b.H., Hamburg, Esplanade 6. (Leitender Arzt: Dr. H. L. Meyer.)
Aeltestes und größtes **ärztliches** Institut dieser Art.

Elektromotoren
jeder Art in eigener Werkstatt
reinigt, repariert, lagert, wickelt
unter Garantie
Zahlreiche Anerkennungen ❀ Zahlreiche Anerkennungen
Otto Ebert, Querfurt
Telefon 500 Telefon 500

Häßlicher Zahnbelag
entstellt das schönste Antlitz. Uebler Mundgeruch wirkt abstoßend. Beide Schönheitsfehler werden gründlich beseitigt oft schon durch einmaliges Putzen mit der herrlich erfrischend schmeckenden **Chlorodont-Zahnpaste.** Die Zähne erhalten darnach einen wunderneuen Elfenbeinglanz, auch an den Seitenflächen, besonders bei gleichzeitiger Benutzung der dafür eigens konstruierten **Chlorodont-Zahnbürste** mit gezahnten Borstenschnitt. Faulende Speisereste in den Zahnzwischenräumen als Ursache des üblen Mundgeruchs werden gründlich damit beseitigt. Versuchen Sie es zunächst mit einer Tube Chlorodont-Zahnpaste zu 60 Pf., große Tube 1 Mk. Chlorodont-Zahnbürste für Kinder 70 Pf., für Damen 1.25 Mk. (weiche Borsten), für Herren 1.25 Mk. (harte Borsten). Nur echt in blau-weiß-grüner Originalpackung mit der Aufschrift **„Chlorodont".** Ueberall zu haben.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280825-12/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1,10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meiz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 100 — Sonnabend, den 25. August 1928 — 41. Jahrgang

Die Interparlamentarische Union im Reichstage.

Professor Walter Schücking, Vorsitzender.

Die erste Vollsitzung der in Berlin versammelten Interparlamentarischen Konferenz begann Donnerstag im Reichstagsfaal. Als Vertreter der Reichsregierung waren mit dem Reichskanzler Müller die Reichsminister Dr. Stresemann, von Guérard, Koch-Weser und Dietrich erschienen. An Stelle des erkrankten Vorsitzenden, des Barons Adelswärd, eröffnete der stellvertretende Vorsitzende Brabec-Tschechoslowakei die Konferenz. Er teilte mit, daß der Rat der Union vorschlage, den Präsidenten der deutschen Gruppe, den Abgeordneten Schücking, zum Vorsitzenden des Kongresses zu wählen. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag mit lebhaftem Beifall zu.

Der Abgeordnete Schücking nahm die Wahl an und hielt eine kurze Begrüßungsansprache, in der er betonte, die Interparlamentarische Union sei heute in aller Welt die vornehmste Repräsentantin einer neuen politischen Ideenwelt. Groß seien die Leistungen, die sie zu ihrer Verwirklichung in der Vergangenheit gemacht habe, größer noch sind ihre Aufgaben für die Zukunft. Der Kellogg-Pakt, der in diesen Tagen in Paris unterzeichnet werden soll, spiegele nur eine Resolution wider, die man schon auf der Plenarkonferenz des Jahres 1925 in Bern gefaßt habe. Aber Größeres und Schwierigeres sei noch zu tun. Die soziologischen Ursachen der Kriege seien zu bekämpfen, indem man dem natürlichen Recht aller Völker in allen Beziehungen auf der ganzen Linie in einem rechtlich geordneten Verfahren zum friedlichen Durchbruch verhelfe und Mittel und Wege finde, das Ideal der Gerechtigkeit zu verwirklichen.

Reichskanzler Hermann Müller

überbrachte den Willkommensgruß des Oberhauptes des Deutschen Reiches, des Reichspräsidenten von Hindenburg, der lebhaft bedauere, nicht in Berlin zu sein, um selbst Worte der Begrüßung in diesem Saale sprechen zu können. Dem Gruß des deutschen Reichspräsidenten reiht sich an der Ausdruck der Freude der deutschen Reichsregierung, die die Konferenz in der Reichshauptstadt und an der Stätte des deutschen Parlamentes ebenfalls herzlich willkommen heißt. Der Kanzler wirft einen Rückblick auf die Entwicklung der Union und sagt dann:

„Aus einer Organisation, die in erster Linie für den Schiedsgerichtsgedanken und damit für die Beseitigung bewaffneter Konflikte eintrat, hat diese Organisation sich zu einem Weltparlament entwickelt, das in voller Freiheit und in geistiger Unabhängigkeit im Sinne der allen Völkern gemeinsamen Interessen an die Lösung der großen Probleme herangeht, welche unsere Zeit bewegen. Die Stimmen aller Nationen, die in diesem großen Parlament vertreten sind, klingen aus in dem einen Wunsch, das Reich des Friedens auf Erden zu sichern. Die deutsche Reichsregierung wünscht von Herzen, daß Ihre Arbeit dazu beitragen möge, die Menschheit unserem gemeinsamen großen Ziele näherzubringen, und daß die diesjährigen Tagung in Berlin eine Quelle des Segens für die Menschheit sein möge!"

Nach kurzen geschäftlichen Mitteilungen widmete der Vorsitzende, Dr. Schücking, während sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben, den verstorbenen Mitgliedern der Union einen Nachruf. Präsident Dr. Schücking eröffnete dann die

allgemeine politische Aussprache.

Der erste Redner ist der Vorsitzende der Kommission für [illegible] reu-Holland.

[illegible] hältnisse in den [illegible] traurige Zustand [illegible] n, trotz aller Be- [illegible] llsätze in die [illegible] Einige Lichtblicke [illegible] der deutsch- [illegible] nnen. Es ist für [illegible] rischen Union ein [illegible] ie sich vorher so [illegible] Zusammenarbeit [illegible] ten.

[illegible] ehrminister, Vor- [illegible] rüstungskommission, [illegible] in Genf erbeo- [illegible] allen Völkern sei [illegible] in Genf zu be- [illegible] bestehe die große [illegible] rüstungskommission [illegible] n die moralische [illegible] Wirklichkeit wer- [illegible] Schiedsgerichts- [illegible] id führte u. a. [illegible] e Abrüstung aber [illegible] nden allgemeinen [illegible] nn man gar nicht [illegible] maligen Gegner [illegible] tig das schwerste [illegible] ständigung. Eine [illegible] ch und Deutsch- [illegible] opas überhaupt. [illegible] rbheit diese Ver-

Empfang im Reichstag.

Vor Beginn der eigentlichen Tagung fand Mittwoch abend ein Empfang im Reichstag statt, zu dem die deutsche Gruppe die ausländischen Teilnehmer eingeladen hatte. Die inneren Räumlichkeiten des Reichstages waren festlich geschmückt. Zahlreiche Gruppen bildeten sich und man hörte Sprachen aller Länder erklingen. Die Teilnehmer der internationalen Vereinigung suchten sich dabei in loser Form so gut wie möglich zu verständigen. Tagsüber hatte eine Reihe von Kommissionssitzungen stattgefunden.

Eröffnungssitzung im Plenarsaal des Reichstages.

Reichstagspräsident Löbe hielt eine kurze Begrüßungsansprache, die ein Dolmetscher ins Französische übertrug. Die Reichsregierung war durch den Reichskanzler Müller, den Reichsernährungsminister Dietrich und den Reichsverkehrsminister v. Guérard vertreten, außerdem sah man viele Angehörige der deutschen öffentlichen und diplomatischen Welt und charakteristische Köpfe aus allen Gegenden Europas. Der Abend, der wenige direkt politische Auseinandersetzungen brachte, verlief in bester Weise. Konzertdarbietungen bildeten den musikalischen Rahmen der Festlichkeit.

Proteste aus Italien, Serbien und Ägypten.

Neben dem kroatischen Einspruch aus Serbien, welcher die Vertreter Jugoslaviens als einseitige Abgesandte eines Rumpfparlaments ohne Auftrag der einen Teil des Landes bildenden und bekanntlich aus dem Abgeordnetenhaus ausgezogenen Kroaten bezeichnet, stehen Proteste aus Ägypten und Italien.

Die ägyptischen bisherigen Abgeordneten beanspruchen das Recht, als Angehörige des ägyptischen Parlaments, das König Fuad auf drei Jahre mit unrechtmäßigem Gewaltstreich geschlossen habe, der Tagung beiwohnen zu dürfen.

Eine Reihe in Paris lebender ehemaliger italienischer Abgeordneter hat an den Vorsitzenden und die Mitglieder der Konferenz der Interparlamentarischen Union ein Schreiben gerichtet, in dem sie sagen, daß die sogenannten italienischen Abgeordneten, die der Konferenz beiwohnen, nicht nur durch die Tatsache, daß sie aus der Wahltragikomödie von 1924 hervorgegangen sind, in keiner Weise als die Vertreter der italienischen Nation angesehen werden könnten, sondern, daß sie außerdem noch die augenscheinlichste und überdies auch voll eingestandene Verneinung irgendwelchen parlamentarischen Systems seien. Der in Italien herrschende und allein gebietende Faschismus sei ein Hohn auf parlamentarische Einrichtungen und eine Gefahr für jede Friedensarbeit.

Die kroatische Beschwerde abgelehnt.

Zu der Beschwerde der kroatischen Abgeordneten der Interparlamentarischen Union wird mitgeteilt, daß das Exekutivkomitee in dem Begehren der kroatischen Abgeordneten keinen Anlaß gesehen hat, gegen die anwesende serbisch-kroatisch-slowenische Abordnung irgendeinen Beschluß zu fassen.

Keine neuen Zugeständnisse.

Die feierlichen Vorbereitungen für die Unterzeichnung des Kellogg-Paktes in Paris sind beendet. Wenngleich Herr Kellogg selbst sich zurzeit noch auf dem Meere befindet, so war es doch möglich, dank der funkentelegraphischen Erfindung, mit ihm ständig in Verbindung zu bleiben und die Einzelheiten des zeremoniellen Aktes zu besprechen. Wie es heißt, hat er sich mit allen von französischer Seite ausgehenden Vorschlägen über die einzelnen Phasen der Unterzeichnung einverstanden erklärt. Das Tüpfelchen auf das I dürfte der französische Ministerrat setzen, der von Poincaré nach der Rückkehr von seinem Landgut einberufen worden ist. Dieser Ministerrat soll auch schwerwiegende Entscheidungen über deutsch-französische Fragen treffen.

Kellogg hatte es seinerzeit abgelehnt, während seines Pariser Aufenthaltes über andere Fragen, die nicht direkt mit seinem Pakte in Verbindung stehen, zu verhandeln. Er wollte damit vermeiden, die Frage der deutschen Reparationen anzuschneiden, was natürlich von französischer Seite sofort das Aufwerfen des interalliierten Schuldenproblems zur Folge gehabt hätte. Die amerikanische Öffentlichkeit ist zurzeit nicht darauf eingestellt, hier von dem bisherigen amerikanischen Standpunkt abzuweichen, der jede Reduzierung der an Amerika zurückzuzahlenden geborgten Gelder strikt ablehnt. Dazu kommt noch die Verschnupftheit Amerikas über den englisch-französischen Flottenpakt, die so weit geht, daß Kellogg offiziell der englischen Regierung mitteilte, daß er auf der Rückreise nach Amerika zwar Irland, aber nicht England besuchen würde. Die Verstimmung Amerikas muß also einen ziemlich hohen Grad erreicht haben.

Wenn sich der französische Ministerrat wirklich mit deutsch-französischen Fragen beschäftigen und wichtige Entscheidungen treffen sollte, dann kann es sich nur um die Rheinlandbesetzung handeln. Wenn es auch zu offiziellen Besprechungen darüber in Paris nicht kommen dürfte, so hindert das natürlich nicht, daß Briand und Dr. Stresemann ihre privaten Meinungen über diese Frage austauschen. Sie haben dies ja schon oft getan und besonders Neues dürfte auch diesmal kaum zutage treten, zumal ja der französische und der deutsche Standpunkt in der ganzen Angelegenheit genügend bekannt sind. Deutscherseits wurde erst kürzlich wieder mit aller Bestimmtheit betont, daß nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund, nach Abschluß des Dawes-Abkommens, nach den Locarnoverträgen und nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes Deutschland für die Räumung der Rheinlande keine neuen Zugeständnisse machen könne.

Die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt sich angesichts der Pariser und Genfer Ereignisse mit der Frage der deutsch-französischen Verständigung. Von allen Seiten wird diese als eine absolute Notwendigkeit hingestellt. Gleichzeitig wird aber nach wie vor erklärt, daß man nach dem Verhalten Frankreichs Deutschland gegenüber von einer wirklichen Verständigung mehr als ja zuvor entfernt ist. Besonders auffallend ist es, wenn selbst das Hauptorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Vorwärts, bei Betrachtungen über die deutsche Teilnahme an der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes besonders energische Töne gegen die bisherige französische Außenpolitik anschlägt. Diese richten sich weniger gegen Briand, der schon immer für eine restlose Verständigung eingetreten sei, als gegen Poincaré, der von seiner Lieblingsidee nicht lassen wolle, daß Deutschland nach wie vor der Hauptschuldige an dem jetzigen Unheil in der Welt sei und deshalb zufrieden sein muß, wenn es bei jedem Entgegenkommen von der anderen Seite, auch wenn es darauf moralischen Anspruch haben sollte, noch etwas draufzahlen darf.

Der französische Ministerrat wird sich hoffentlich alle deutschen Beschwerden und Bedenken durch den Kopf gehen lassen. Die nächsten Tage werden es zeigen, ob eine deutsch-französische Annäherung wirklich möglich ist oder noch auf lange Zeit hinaus eine Utopie bleiben muß.

Stresemann geht nach Paris.

Aber keine Teilnahme an der Völkerbundtagung.

Reichsminister Dr. Stresemann ist am Donnerstag von seinen Ärzten Prof. Hermann Zondek, Sanitätsrat Gisevius und Dr. Schulmann unter Hinzuziehung von Professor v. Krehl, Heidelberg, vor Wiederaufnahme seiner beruflichen Tätigkeit untersucht worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß der Gesundheitszustand des Ministers noch nicht derartig ist, daß Rückfälle ausgeschlossen wären. Die Ärzte haben daher dem Minister die geplante Teilnahme an den Verhandlungen in Genf widerraten. Mit der Reise nach Paris konnten sich die Ärzte nur unter der Voraussetzung einverstanden erklären, daß sich der Minister daselbst größtmögliche Schonung auferlegt.

Dr. Stresemann, der am Donnerstag den rechten Arm in der Binde tragen mußte, da ihm hieraus Blut zur Untersuchung abgezapft worden war, hatte die feste Absicht, auch nach Genf zu reisen. Dieser Plan muß vom Reichsaußenminister nach dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchung endgültig aufgegeben werden. In politischen Kreisen wird behauptet, daß Reichskanzler Müller-Franken die Führung der deutschen Delegation in Genf übernehmen würde.

*

Kellogg-Pakt und Kirche.

Der Generalsuperintendent der Kurmark, D. Dr. Dibelius, hat die Geistlichen seines Sprengels ersucht, anläßlich der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes im Gottesdienst der Sache des Friedens zu gedenken und zu bekunden, daß die evangelische Kirche willens ist, im Sinn und Geist des Evangeliums für den Frieden zu wirken.

Gegen erweiterte Krisenfürsorge.

Bedenken der Industrie-Arbeitgeber.

Kurz vor dem Beschluß des Reichskabinetts, die Krisenfürsorge vom 17. September d. J. ab auf 39 Wochen zu verlängern, haben die führenden Spitzenorganisationen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280825-12/fragment/page=0005